DIE STÜTZE

JOURNAL VON BEHINDERTEN FÜR BEHINDERTE UND IHRE FREUNDE

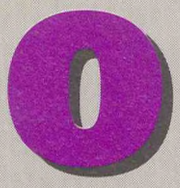
Knüppel gegen Krüppel? Zunehmende Gewaltbereitschaft

Lesen Sie dazu die Seiten 7 bis 10

Titelbild: Verbrennung des „Winters" auf dem Berliner Kollwitzplatz und Maskenumzug der SONNENUHR e.V. anläßlich der Einweihung ihrer Spielstätte „THEATER IM PFERDESTALL" am 6. März 1993, Im Heft geht es auf Seite 11 weiter ...

3/93

Märzausgabe
Preis DM 4,-



ORIENTIERUNG

Impressum
Verlag: G. Durst-Lauterjung
WAG-Verlag
W-8422 Thann–Riedenburg,
Thann 51,
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde"),
Am Köllnischen Park 6-7,
O-1020 Berlin,
Telefon/Fax: (030) 23 80 66 73
ABiD-Spendenkonto:
Berliner Bank AG,
Kto-Nr.: 43816 15 000,
BLZ 120 200 00
Redaktion: Andrea Schatz (verantw. Redakteurin),
Marie-L. Hirsch, Klaus Hoffmann,
Anna-K. Jung, Ulrich Wutzke;
Peter Tiefmann (Layout)
Anschrift: Rodenbergstr. 3,
O-1071 Berlin
Kleinanzeigen: über Redaktion
Druck: Hans Burgstaller, Wörgl
Bildnachweis: Archiv, Böhme, Disselberger, Metzner (Titel, Rücktitel, S.3/6/7/11)
Illustrationen: Willi Franz
Redaktionsschluß: 17.3.1993
Erscheinungsweise:
einmal im Monat
DIE STÜTZE versteht sich als ein Angebot zum schöpferischen Meinungsstreit. Wir veröffentlichen auch Artikel, die nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

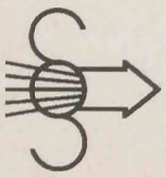
Z	ZUR SACHE	Protest des ABiD zum totalen Bewilligungsstopp für ABM	3
N	NEUES VOM ABID	Christine Fraas Mütter helfen sich selbst	5
T	DAS THEMA	Gabriele Hanna „Guck mal, die da ..."	7
T	DAS THEMA	Ursula Meckel Chronologie aus den Neinstedter Anstalten	8
K	KULTUR	Tina Ciaglia Tanz im Pferdestall	11
A	ANTI-DISKRIMINIERUNG	Ottmar Miles-Paul Positive Botschaft mit Folgen?	12
R	RATGEBER LITERATUR		13
R	RATGEBER RECHT	Ernst Haase Freiwillige Rentenversicherung für Erwerbsunfähige	15
B	BILDUNG & BERUF	Ein Ziel für die Zukunft: Komunaler Sozialbetrieb	17
D	DAS PORTRÄT	Anna-Katharina Jung Es ist was es ist – sagt die Liebe	20
I	IN KÜRZE		22
L	LESERBRIEFE		23

4/93 **Lesen Sie im nächsten Heft:**

- Traumhaus oder Alptraum? Lebensgerechtes Bauen ohne Barrieren
- Zur Diskussion gestellt: Wie weiter mit dem ABiD?
- Reiner Schindler: Ich klage an
- Dr. Ilja Seifert: Grundsicherung gegen Sozialraub

Zentrale Demo in Kassel

Am Samstag, den 8. Mai 1993 organisieren wir eine zentrale Abschlußdemo in Kassel, um am Ende der Protestwoche nochmals ein kräftiges Zeichen zu setzen. Schwerpunkt der territorialen Aktionen in diesem Jahr sollte die Forderung nach gleichberechtigten und zugänglichen Mobilitätsmöglichkeiten (ÖPNV, ICE, Fahrdienste etc.) sein. Wir müssen es uns nicht gefallen lassen, daß in einem vereinten Europa beeinträchtigte Bürger/-innen eklatant benachteilgt werden. Das Motto an diesem Tag könnte z.B. lauten **„Nichts geht mehr ohne uns!"**
Für die Zeit vom 7. bis 9. Mai haben wir für ca. 30 Rollstuhlfahrer/-innen in der Jugendherberge Melsungen Plätze reserviert. Falls Bedarf besteht, bitten wir Sie, sich umgehend an das Koordinierungsbüro zu wenden.
Es vermittelt Ihnen auch Referenten aus dem In- und Ausland und steht für weitere Informationen zur Verfügung.



Ottmar Miles-Paul
Initiativkreis Gleichstellung Behinderter
Kurt-Schuhmacher-Str.2
W–3500 Kassel
Tel.: (0561) 186 67
Fax: (0561) 842 47

Uwe Frehse
European Network on Independent Living–ENIL
John-F.-Kennedy-Str. 56
W–3500 Kassel
Tel.: (0561) 659 48
Fax: (0561) 842 47

Protest des ABiD zum totalen Bewilligungsstopp für ABM

An die Klausurtagung der Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer Deutschlands am 26. Februar 1993 in Potsdam richtete der ABiD folgenden Offenen Brief:

Sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten,

mit Betroffenheit haben wir heute aus den Medien erfahren, daß die Bundesanstalt für Arbeit einen totalen Bewilligungsstopp für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) verhängt hat.
Leider wird hieran deutlich, daß die verantwortlichen Politiker recht wenig über die konkrete Situation des Überlebenskampfes der Menschen wissen. Wird diese Anordnung durchgesetzt, würde die schon jetzt komplizierte Lage in der Betreuung und Versorgung behinderter und älterer Menschen völlig unhaltbar. Eine soziale Katastrophe mit allen unwägbaren Folgen droht.
Als Interessenvertreter von Menschen mit Behinderungen, ihrer Angehörigen und Freunde protestieren wir mit aller gebotenen Schärfe gegen diese Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit.
Wir appellieren im Namen unserer Mitglieder an Ihre soziale Verantwortung für die Menschen im vereinten Deutschland und fordern Sie auf, diesen antisozialen Zielen der Bundesregierung energisch entgegenzutreten.
Wir verbinden das mit der Bitte, daß Sie sich als Ministerpräsidenten der Bundesländer für die Rücknahme dieser Anordnung einsetzen und erwarten Ihr Engagement für eine aktive und entschlossene Beschäftigungspolitik der Bundesregierung.

Dr. Detlef Eckert
Vorsitzender des ABiD

Arbeit ist das Rückgrat des Lebens
Friedrich Nietzsche

Diese Lebensweisheit auf unsere Zeitschrift liest sich so:
ABM sind das Rückgrat der STÜTZE.
Wenn wir Proteste zum Nürnberger Beschluß veröffentlichen, vertreten wir damit auch unsere eigene Sache. Die weitere Bewilligung von Lohn- und Regiekosten sowie Sachmitteln ist schließlich bis zum 31. Oktober dieses Jahres der Lebensnerv von uns STÜTZE-Macherinnen und -Machern.
Das Anzapfen neuer Finanzierungstöpfe ist sehr mühsam und entwürdigend, weil Recht zur Gnade wird.
Aber wir sind Optimisten und hoffen auf viele Abo-Einnahmen, Spenden, Anzeigen, die Gewinne einspielen, und Kleinanzeigen, die auch Mist machen.
Aufs Abstellgleis lassen wir uns nicht so schnell schieben.

Z

ZUR SACHE

Arbeit finanzieren!

Durch das große Engagement Betroffener konnten Hunderte Behinderte in Potsdam in ABM vermittelt werden. Auch in unserem vergleichsweise kleinen Verband leisten sechs Behinderte soziale Arbeit, die wieder Tausenden zugute kommt. Mitte des Jahres laufen diese Stellen aus. Auf der Strecke bleiben bei uns solche Dienste wie Sozial- und Reiseberatung, Kulturarbeit, Veranstaltungsdienst, Fahrdienst und die geselligen Treffs. Der mit großem Aufwand auch von Schülern und vielen anderen Helfern ausgearbeitete „Stadtführer Potsdam" bliebe ungedruckt.
Gemeinsam mit Millionen protestieren wir gegen diese unsoziale, menschenverachtende Festlegung.
Wir fordern die Bundesregierung auf, Geld des Volkes nicht mehr für Rüstung auszugeben, sondern für Soziales, nicht für pompöse Prachtbauten und Steuervergünstigungen der Reichen, sondern für Arbeitsplätze mit sozialer Ausrichtung.

Allgemeiner Behindertenverband Potsdam e.V.
Lindenstr. 54-55
O-1560 Potsdam

Z

ZUR SACHE

Am 18. Februar 1993 wurde dieser nebenstehende Offene Brief der Landesregierung von Sachsen-Anhalt und einigen Bundesministerien vom
Behindertenverband e.V.
Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße (Schwimmbad)
O-3310 Calbe
Telefon 25 01
übermittelt.

Autofahren für Schwerbehinderte unbezahlbar?

Ein Offener Brief

Die vorgesehene Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr ist für Schwerbehinderte nicht nur unsozial und unzumutbar, sie setzt die Kette der Diskriminierungen fort, denen sich Schwerbehinderte in zunehmendem Maße ausgesetzt sehen.
Es ist nicht verwunderlich, wenn Behinderte immer öfter Opfer von Mißachtung, Beleidigungen und tätlichen Angriffen werden, denn verbal bringen Parteien und Politiker gern, besonders wenn Wahlen anstehen, ihre angebliche Fürsorge für Menschen mit Behinderungen zum Ausdruck, doch in der Praxis wird das alles sehr schnell vergessen. Die Betroffenen können ein Lied davon singen.
Es ist eine Zumutung, wenn Schwerbehinderte, die sich außerhalb ihrer Wohnung nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeuges fortbewegen können, die Sanierung der Bundesbahn mitfinanzieren sollen. Ein Verkehrsmittel, das sie in der Regel überhaupt nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten mit Hilfe Dritter und daher nur sehr selten benutzen können.
Es dürfte nicht unbekannt sein, daß Schwerbehinderte erheblich höhere finanzielle Mittel für ihren Lebensunterhalt benötigen als Nichtbehinderte, da sie ständig auf die Hilfe anderer angewiesen sind und für jeden „hilfreichen Handgriff" tief in die Tasche greifen müssen. Hinzu kommen die gestiegenen Ausgaben bei der ärztlichen Versorgung sowie für Kraftfahrzeugversicherung und -instandhaltung. Auch die debattierte Erhöhung der Mineralölsteuer würde ebenfalls wieder diejenigen am härtesten treffen, die ihr Auto nicht einfach stehen lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können.
Das alles betrifft vor allem Schwerbehinderte, die erwerbsunfähig sind und damit kaum etwas steuerlich geltend machen können. Dieser Personenkreis ist daher in außergewöhnlich hohem Maß benachteiligt.
Einer Autobahnvignette könnte z.B. der Schwerbehindertenausweis „G" und „aG" gleichgestellt werden. Eine Verfahrensweise, die unbürokratisch wäre und außerdem nicht einen Pfennig kosten würde. Oder sollte gerade das ein Hinderungsgrund sein?
Bei einer Erhöhung der Mineralölsteuer müßten die Mehrkosten vom Finanzamt erstattet werden. Durch ein Fahrtenbuch und Tankbelege, das Finanzamt verlangt so etwas unter bestimmten Voraussetzungen sowieso, kann ein entsprechender Nachweis erbracht werden.
Wir fordern daher die verantwortlichen Politiker auf, ihre Pflicht gegenüber allen Bürgern – auch Schwerbehinderte gehören dazu und sind potentielle Wähler – zu erfüllen und alles zu tun, damit eine Regelung gefunden wird, die Menschen mit erheblichen und außergewöhnlichen Gehbehinderungen von der anstehenden Mehrbelastung befreit, damit für sie ein sozialer Absturz und ein noch weiteres Ausgrenzen aus dem gesellschaftlichen Leben verhindert wird.

N

NEUES VOM ABID

Verbündete im Stadtparlament

Jens-Uwe Jahn

Das Kommunikations- und Beratungszentrum (KBZ) des Behindertenverbandes Neubrandenburg hatte am 13. Januar 1993 zu einem Gespräch mit Ruth Wimmer, Alterspräsidentin der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied der Fraktion der „Fünf", eingeladen.
Frau Wimmer berichtete über ihre Arbeit im Ausschuß Gesundheit und Soziales.
Zu ihren ersten Aufgaben gehörte damals, die staatlichen Arztpraxen aufzulösen und in private umzuwandeln, welches sie mit sehr gemischten Gefühlen tat.
Gern erinnere sie sich an die gelungene Inbetriebnahme des Ärztehauses sowie an den erfolgreich geführten Kampf um die Erhaltung des Bezirkskrankenhauses als Klinikum.
Auch für das kommunale Feierabend- und Pflegeheim in der Oststadt konnten durch ihre engagierte und konsequente Mitarbeit Fördermittel bereitgestellt werden.
Ganz wichtig, so betonte Ruth Wimmer, sei ihr der Kontakt zu behinderten Bürgern. Sie versicherte, sich auch in Zukunft für deren Probleme einzusetzen.
Uns gab diese Veranstaltung einiges an Mut und Zuversicht, daß es im Stadtparlament Streiter für die Belange Behinderter gibt.

Mütter helfen sich selbst

Christine Fraas

Da unsere Initiative „Alleinerziehende Mütter mit behinderten Kindern" seit über einem Jahr kontinuierlich läuft, möchte ich darüber berichten, vielleicht auch anregen und Mut machen, etwas Ähnliches anzupacken.
Wir sind eine Selbsthilfegruppe des Behindertenverbandes Ilmenau. Ich entdeckte diese „Marktlücke" nach dem Tod meines Mannes, als ich zu spüren bekam, daß ungeahnte Probleme auf mich und meine behinderte Tochter zukamen. Einerseits empfanden wir eine schmerzliche Leere in der Familie und andererseits standen uns Auseinandersetzungen mit Ämtern und Behörden bevor, von denen wir bisher keine Ahnung hatten. Ich fand andere Betroffene mit ähnlichen Problemen, und wir beschlossen, uns regelmäßig zu treffen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, um unsere Situation „in den Griff" zu bekommen.
Heute können wir sagen, wir haben es geschafft! Alle freuen sich auf unsere regelmäßigen Treffen, die Abwechslung bieten, Kraft und Mut geben.
Der Behindertenverband hat die Trägerschaft für den Hochhausclub in Ilmenau übernommen, dort ist unser Treffpunkt. Wir sind inzwischen 16 Mitglieder.
Bei Kaffee und Kuchen reden wir uns erst mal Freud und Leid von der Seele und informieren uns in Zeitschriften und Gesetzbüchern über Dinge, die wir wissen müssen, um die Rechte unserer Kinder zu sichern. Das ist für uns gelernte DDR-Bürger nicht immer leicht. Unterstützung bekommen wir vom Sozialamt, dem Behindertenverband und der Lebenshilfe.
Unsere schon erwachsenen Kinder freuen sich auch über die Begegnung mit Freunden. Während wir Mütter uns einen heißen Kopf um Paragraphen machen, tanzen und spielen die jungen Leute. Zum Schluß lesen wir meistens noch eine heitere Geschichte und treten dann zufrieden den Heimweg an.
Ein Problem ist noch die An- und Abreise der zwei Mütter, die nicht in Ilmenau wohnen. Bisher nehme ich sie mit, da uns noch keine Gelder bewilligt wurden. Den Antrag stellten wir schon vor vier Monaten beim Land Thüringen. Auch das Sozialamt des Landkreises tut sich arg schwer. Im Gegensatz zur Stadt dreht sich da kaum ein Rad.
Für diesen Frühling haben wir eine Fahrt nach Bad Kissingen und in die Rhön geplant. Auch eine Theaterfahrt wollen wir machen. Vielleicht fließen bis dahin die Dukaten aus dem Landesgeldsack; noch haben wir Hoffnung.

N

NEUES VOM ABID

Jugendgruppe gegründet

Am 28. Januar 1993 wurden wir jungen Leute in den Behindertenverband Neubrandenburg als Jugendgruppe aufgenommen.
Wir wohnen in den umliegenden Orten Neubrandenburgs und möchten gemeinsam unsere Freizeit interessant gestalten.
Freuen würden wir uns, wenn auch nichtbehinderte Jugendliche zu unseren Veranstaltungen kämen.
Wir wollen z.B. Gesprächsrunden führen – mit Familien, in denen behinderte Menschen leben, Urlaubsreisen machen, ins Konzert, Kino oder Theater gehen.

Kathrin Lobert
14 Jahre

Liebe ist das einzige, was wächst, indem wir es verschwenden.
Ricarda Huch

Behindertenverband Neubrandenburg e.V.

NEUES VOM ABID

Wenn Sie Näheres zum Thema Hilfsmittelberatung nachlesen wollen, empfehlen wir Ihnen das Protokoll der Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 2. und 3. Juni 1992 in Berlin:
„Beratung – Grundlage für eine optimale Versorgung mit Technischen Hilfen“.
Es ist anzufordern bei der
BAR
Walter-Kolb-Str. 9-11
W–6000 Frankfurt 70
Tel.: (096) 60 50 18 - 0

Fehlversorgungen vermeiden

Lore Heinik/Andrea Schatz

Zu einem Arbeitsbesuch trafen sich am 1. Februar 1993 im Regionalverband Königs Wusterhausen des Allgemeinen Behindertenverbandes Brandenburg Michael Schmidt, Sven Hundt, Rainer Kluge, Dr. Detlef Eckert, Dr. Stefan Faust und Klaus Hammerlik gemeinsam mit Medienvertretern.
Im Mittelpunkt stand das Modellprojekt „Technik hilft Behinderten“ – ein Beratungs- und Ausstellungszentrum, das in Zusammenarbeit mit dem Service-Ring-Berlin e.V. entstanden ist.
Diskutiert wurde, wie durch verkaufsneutrale Beratung und optimale Information künftige Fehlversorgungen mit Hilfsmitteln vermieden werden können.
Michael Schmidt mahnte eine bessere Zusammenarbeit mit der Kommune und anderen Verbänden an. Auch seien viele betroffene Bürger zu lethargisch. Viele Organisationen nutzen jedoch bereits die solide Beratung, die mittels der Datenbanken REHADAT und Handycap II immer auf dem neusten Stand ist. Während des Beratungsgesprächs können sowohl Informationen abgefragt wie auch eingegeben werden.
Insbesondere Handycap II trägt dem ganzheitlichen Ansatz der Hilfsmittelberatung Rechnung, indem sie nicht nur Markttransparenz herstellt, sondern Fragen der Bedienung, Ergonomik, Größenordnung, Sicherheit, Konstruktion und Montage systematisch bearbeitet und vergleichend darstellt, so daß der Berater Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung hat. Unterstützt wird die Beratung durch wechselnde thematische Ausstellungen innerhalb des Zentrums.
Im Gespräch wurde aber deutlich, das diese Dienstleistungen spätestens nach dem Auslaufen der AB-Maßnahmen nicht mehr finanzierbar sein werden. Dann müßten Krankenkassen und Kommunen die Kosten übernehmen.
Bedingt durch die gegenwärtige Debatte um die Kreisgebietsreform ist jedoch mit keinerlei kommunalen Zuwendungen zu rechenen, und die Landeshaushaltsordnung setzt einen sehr engen Rahmen.

Behindertenzentrum „Waltherstift“ in Weißenfels (Zeichnung Günter Hase)

Raus aus der Isolation!

Guntram Hoffmann

Wir messen dem kulturellen Angebot besondere Bedeutung bei, da es das Miteinander fördert und Isolation verhindert. Die AG Kultur ist uns sehr wichtig. Lange organisierten wir alles ehrenamtlich. Aber seit einem Jahr wirken auf diesem Gebiet zwei ABM-Mitarbeiterinnen, deren Stellen – welche Freude! – um ein weiteres Jahr verlängert wurden. Sie leiten u.a. den Bastelzirkel „Gestaltende Hände“. Viele der Kreationen werden auf Basaren verkauft. Die „Spielgruppe“ trifft sich zweimal monatlich und leitet sich inzwischen selbst. Die „Kulturgruppe“ bereitet diverse Vorträge und Ausstellungsbesuche vor. Besonderes Augenmerk legt Herr Hase, der Leiter der AG „Kultur“, auf Tagesausflüge. So ging es schon zur Harzrundfahrt, in die Kasseler Gegend, nach Bad Frankenhausen und ins Jenaer Planetarium. Unermüdlich studiert er Karten und kann viel Wissenswertes vermitteln. Durch seine lustige Art macht das Zuhören Spaß, und es entsteht rasch eine Gemeinschaft. Seit Eröffnung des Behindertenzentrums im Sommer 1992 bietet auch der Leiter unserer Gaststätte Plaudernachmittage, Skat- und Rommèturniere und Discos an. Seine hilfsbereite und offene Art hat schon manchen hervorgelockt.

Die Narren sind los! Höhepunkt im „Waltherstift“ war unser Fasching am 26. Februar

„Guck mal, die da ...“

Zur Abwehr von Fremdheit und Andersartigkeit

Gabriele Hanna

Eilfertige Schuldzuweisungen können nicht die alleinige Antwort auf die alarmierende Entwicklung in Deutschland sein. Wir müssen uns gemeinsam Fragen stellen, die auch unsere eigene Verantwortung mit einbeziehen; Fragen nach unserem Umgang mit Schwächen und Stärken, mit fremden und eigenen; Fragen nach unserem Umgang mit der Angst und unseren Abwehrmechanismen.

Das Klima im Lande macht mir Angst. Die Lichterketten und Demonstrationen setzen begrüßenswerte Zeichen, lassen mich aber keineswegs aufatmen.
Dazu besteht auch kein Grund.
Tagtäglich hören und lesen wir von neuen Grabschändungen, Brandanschlägen, von Totschlag und Mord.
Einschüchterungen und Beleidigungen von Menschen, die als Sündenböcke für die Minderwertigkeitsgefühle Rechtsradikaler herhalten müssen, sind an der Tagesordnung und finden kaum noch Erwähnung in der Presse, sie sind zum Bestandteil unseres Alltags geworden. So ist es Alltag, daß eine Frau auf dem Weg zum Flugzeug von mehreren Männern beschimpft und angegriffen wurde. Sie reiste mit ihrer kleinen Tochter, die eine dunkle Hautfarbe hat. Die herbeigerufene Polizei half nicht, nahm die Täter nicht fest, nahm auch keine Personalien auf.
Als ich Kind war, bekam ich auf der Straße zu hören, unter Hitler wäre so etwas wie ich vergast worden, und das hörte ich nicht nur einmal. Dennoch dachte ich Jahrzehnte nicht mehr an die Bedrohung, die diese Worte für mich damals darstellten. Als Erwachsene hörte ich derartige Äußerungen nicht mehr; aber das gab es noch: verächtliche Blicke, demonstratives Nichtbeachten und anderes mehr.
Jetzt ist sie wieder da, die Bedrohung auf der Straße, vollmundig, handgreiflich.
Das Aufleben und Erstarken dieser Gesinnung läßt eine Angst in mir hochkommen, eine lange gekannte, aber lange nicht gespürte Angst. Der Anblick der zumeist jugendlichen Rechtsradikalen erschüttert und ängstigt mich. Aber die weitaus längeren und bedrohlicheren Schatten werfen die Bürger voraus, die klammheimliche Zustimmung erkennen lassen, aber auch Desinteresse und Unentschlossenheit, jene Bürger, die passiv bleiben in Wort und Tat trotz wachsender Brutalität gegen wehrlose Menschen.
Es ist das Achselzucken der braven Bürger, das Verweisen auf die Politiker, die es richten sollen, und nicht zuletzt das Fingerzeigen auf die erbärmlichen Täter, was mich an eben diese ausliefert.

DAS THEMA

Solidarität gewünscht

Ich möchte Sie auf die Situation von 267 Flüchtlingen im Alter von 2 bis 52 Jahren mit geistigen und körperlichen Behinderungen in Kroatien aufmerksam machen, die aus ihrem Heim in Vrlika nach Split fliehen mußten.
Die Unterbringung, die Versorgung und die hygienischen Bedingungen sind katastrophal.
UNICEF liefert (in unzureichenden Mengen) Nahrung und Kleidung. Alles andere sei Sache der Stadt, so UNICEF. Aber die Stadtverwaltung Split sieht sich zu einer menschenwürdigen Versorgung nicht in der Lage.
Sicher können Sie sich als selbst Behinderte, bzw. deren Erzieher, Eltern oder Freunde vorstellen, wie das Elend dieser Flüchtlinge aussieht.
Es geht um elementare Überlebenshilfen, wie
- angemessene Kleidung
- Desinfektionsmittel
- Hautpflegemittel
- Inkontinenzversorgung
- abwaschbare Matrazen
- Bettwäsche, Handtücher
- Spielsachen
- Hilfsmittel (Rollstühle).

Senden Sie bitte
Sachspenden an die
Caritas Nebenstelle
Kaiserstr.27
W-7410 Reutlingen und
Geldspenden an die
Caritas Reutlingen
„Kroatienhilfe SPLIT“
Landesgirokasse
Reutlingen,
BLZ 600 501 01,
Konto 4602 222
Fragen beantworten gern:
G. Farkas, Happoldstr. 13
W-7000 Stuttgart 30
Tel.: (0711) 81 88 70

N. Nagel, Lindwurmstr. 38
W-8000 München 2
Tel.: (089) 770 - 331

DAS THEMA

Das einzige, wovor wir Angst haben müssen, ist die Angst selber.

Franklin D. Roosevelt, Rede am 4. März 1933

1992, keine 50 Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches, wurden 17 Menschen bei über 2000 rechtsextremistischen Attentaten ermordet. Das sind mehr Anschläge und mehr Tote als 1931 – zwei Jahre vor der Machtübernahme der NSDAP.
Dieses Alarmsignal darf niemand übersehen. Wenn sich nicht jeder Demokrat den Mördern und Mitläufern entgegenstellt, verlieren Humanität und Toleranz den Platz in unserer Gesellschaft.

Wer Fremdenhaß nicht bekämpft, wird zum Komplizen der Täter!

(Aus einem Aufruf der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen)

Zehn Thesen zu den Grundlagen von Abwehr

Zur Ab- und Ausgrenzung

1. Die Gesellschaft braucht Außenseiter und Randgruppen, um in Abgrenzung zu ihnen ein „Wir"-Gefühl zu entwickeln.
2. Das „Wir"-Gefühl erhöht die Manipulierbarkeit des einzelnen.
3. Im „Wir" ist es dem sonst „mündigen" Bürger möglich, sich über Ethik und Moral hinwegzusetzen, wenn und weil das „Wir" zu einer moralischen Instanz wird.
4. Je autoritärer die Gesellschaft strukturiert ist, desto umfassender und kompromißloser versucht sie, den einzelnen auf das „Wir"-Gefühl zu verpflichten.
5. Das Aufgehen in einem „Wir" und die Anlehnung an eine „starke" Persönlichkeit werden in besonderem Maße von Menschen angestrebt, die selbst keine „Ich-Stärke" entwickeln können.

Zur Entwicklung von Persönlichkeit

6. Der Mensch ist zu Beginn seines Lebens für lange Zeit auf Bezugspersonen angewiesen, ohne die er nicht überleben kann.
7. Er entwickelt seine Persönlichkeit im Spannungsfeld seines Strebens nach Reifung und Autonomie einerseits und seinem Grundbedürfnis nach Zuwendung und Anerkennung durch die Bezugspersonen andererseits.
8. Reagieren die Bezugspersonen, die ja Garanten für sein Leben sind, auf die Autonomiebestrebungen des Kindes mit Bestrafung und Anpassungsdruck, so sieht das Kind seine ganze Person in Frage gestellt. Es antwortet auf die Bedrohung mit existentiellen Ängsten.
9. Das so erworbene Angstpotential wird verdrängt, bestimmt aus dem Unbewußten aber das Fühlen und Handeln des Erwachsenen in erheblichem Maße: Es bindet Energien, die dadurch nicht für die Bewältigung der aktuellen Lebensumstände genutzt werden können, und stellt die Triebkraft für die vielfältigen Formen der Angst- und Schwäche-Abwehr dar.
10. Erlittene Verletzungen und daraus entstandene Ängste müssen im Leben des erwachsenen Menschen nicht bestimmend bleiben. Werden die Ängste zugelassen, bewußt angeschaut und auf ihren aktuellen Anteil untersucht, können sie auf ein realistisches Maß reduziert werden. Die in den „alten" Ängsten gebundene Energie kann durch „Aufarbeiten" dieser alten Ängste freigesetzt werden.

Chronologie aus den Neinstedter Anstalten

Ursula Meckel

Eine Reihe von Erfahrungen habe ich während meiner Ausbildung machen können. Gute mit den Heimbewohnerinnen, ihrer Fröhlichkeit und Sensibilität, manchmal schlechte mit Zeitgenossen und verbalen Angriffen auf Menschen, die so ganz anders waren, aussahen und sich bewegten. Szenen und Diskussionen in öffentlichen Verkehrsmitteln, Gaststätten und auf der Straße sind mir in lebhafter Erinnerung. Direkte Angriffe habe ich nicht erlebt.
Inzwischen hat sich manches geändert. Gewaltbereitschaft und die Verachtung des „Schwachen" sind in erschreckendem Ausmaß gestiegen.
Manches wird nicht bekanntgemacht, um potentielle Gewalttäter nicht anzulocken. Da ich nicht glaube, daß Verschweigen hilfreich ist, eine *unvollständige* Chronik aus den Neinstedter Anstalten:

• April 1992: Eine Gruppe von Heimbewohnerinnen und ihre Betreuerin werden in Thale von einer Gruppe Jugendlicher am Weitergehen gehindert. Ein Fahrrad wird ihnen quer in den Weg gestellt, die Frauen werden angerempelt, am Kragen gepackt, kräftig durchgeschüttelt und beschimpft. Eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft bleibt ohne Ergebnis.
• Juli 1992: Ein geistig behinderter Heimbewohner wird von zwei Autos verfolgt, die Insassen steigen aus, beschimpfen ihn und schlagen so auf ihn ein, daß eine ärztliche Behandlung erforderlich wird.
• August 1992: Eine Gruppe behinderter Kinder und Jugendlicher wird von einem Mopedfahrer attackiert. Der fährt direkt auf einen sich mit Gehhilfen bewegenden Jungen zu. Der begleitende Mitarbeiter kann ihn gerade noch vom Weg ziehen.
• 2./3. Oktober 1992: Neben dem Behin-

dertenwohnheim „feiern“ Jugendliche, Sieg-Heil-Rufe ertönen und die verängstigten Heimbewohner nehmen Knallgeräusche wahr.
• 4. Oktober 1992: Ein Heimbewohner wird von einem Taxifahrer aus Blankenburg zurückgebracht. Der Fahrer hatte beobachtet, wie Jugendliche den Behinderten belästigten. Deshalb lud er ihn ins Taxi und brachte ihn in Sicherheit.

• 15. Oktober 1992: In der Magdeburger S-Bahn beschimpft und belästigt ein junger Mann einen Heimbewohner. Er tritt immer wieder gegen seine Reisetasche. Erst als sich eine mitreisende Frau einmischt, läßt er von dem Mann ab.

Ich fühle mich hilflos in meinem Unverständnis und meiner Wut.
Verschweigen hilft nicht.
Gestern waren es DIE Juden, heute sind es DIE Ausländer, dann DIE Behinderten, morgen vielleicht DIE Alten und übermorgen vielleicht WIR „Normalen“.

Wie ist mit diesen Menschen zu reden, denen jeder Anstand und jede Moral abhanden gekommen sind, bzw. die sich selbst so sehr hassen, daß sie zu derartigen Ausbrüchen fähig werden?

Bundesvereinigung
Lebenshilfe
für geistig Behinderte e. V.

Ein Offener Brief gegen Gewalt

Am 18. Dezember 1992 wandte sich die Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte, Annemarie Griesinger, in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

in Ihrer Rede vor dem Bundestag haben Sie der Gewalt in unserer Gesellschaft eine klare Absage erteilt. Sie verurteilten „jede Form von Fremdenhaß, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus“. Dafür danken wir Ihnen, denn wie viele andere sieht sich die Lebenshilfe an der Seite der Opfer. Wir fühlen uns ermutigt, Sie um Schutz für die Menschen zu bitten, die uns besonders am Herzen liegen: Menschen mit geistiger Behinderung, ihre Angehörigen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe. Auch bei ihnen wächst die Angst.
Vor dem Hintergrund der nach Hunderttausenden zählenden „Euthanasie“-Morde in der deutschen Geschichte ist es verständlich, daß erste Anzeichen der Bedrohung sensibel wahrgenommen werden, auch wenn diese zum Glück noch weniger häufig sind als die Anschläge auf Heime für Asylbewerber und weniger spektakulär als die Morde von Mölln. Immerhin verstärken sich unangenehme Erfahrungen, fallen öfter verletzende Äußerungen wie: „Daß sowas überhaupt noch geboren wird!“, „Die nehmen uns Steuerzahlern unsere Plätze in der S-Bahn weg!“ oder „Beim Hitler wärt ihr vergast worden – wartet nur, ihr kommt auch noch dran!“
Angst machen vor allem Mord- und Bombendrohungen gegen Schulen für behinderte Kinder. Menschen mit Behinderungen werden überfallen, gequält, sogar angezündet – feige Gewalttaten gegen Wehrlose.
Dies alles geschieht in einem gesellschaftlichen Klima, in dem die Ablehnung von Wohnheimen für behinderte Menschen durch die Nachbarn keine Seltenheit ist. Von schwangeren Frauen erwartet man geradezu die Abtreibung, wenn eine Behinderung des Kindes festgestellt wurde. Das Lebensrecht behinderter Neugeborener muß gegen „Philosophen“ verteidigt werden, deren Schriften deutsche Verlage auch noch übersetzen und verbreiten.
Daß behinderte Menschen sogar „im Namen des Volkes“ diskriminiert werden, zeigt das „Flensburger Urteil“, das Urlaubern entgangene Freude durch den Anblick behinderter Menschen beim Essen mit 350 Mark ersetzte.
Gerade der öffentliche Protest gegen dieses Urteil, das Eintreten der Medien für behinderte Menschen und der Einspruch

DAS THEMA

Die Autorin ist Pastorin in Thale. Wir entnahmen ihren Beitrag mit freundlicher Genehmigung der evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“ vom 10.1.93.

Toleranz ist das Gebot der Stunde

Angesichts der Welle von Ausländerfeindlichkeit, die durch Deutschland rollt, führte das Kommunikations- und Begegnungszentrum (KBZ) des Behindertenverbandes Neubrandenburg eine Gesprächsrunde zu Ursachen und Folgen des Ausländerhasses durch, die rege besucht wurde.
Ein Teilnehmer führte die allgemeine Steigerung der Aggressionsbereitschaft nicht unwesentlich auf die ungehemmte Gewaltdarstellung in den Medien zurück. Sozialer Abstieg und Werteverlust führen zu einer Situation der Desorientierung, in der Minderheiten, zu denen auch die Behinderten zählen, gern als Sündenböcke benutzt werden.
Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersaussehenden und Andershandelnden wurde als ein Gebot der Stunde bezeichnet. Eine Abschottung nach außen löse keine Probleme mit Einwanderern. Vielmehr müßte das Augenmerk auf eine Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern liegen.
Wir wollen künftig weitere Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz unterstützen!

Alexander Schmidt

T

DAS THEMA

von Politikern aber machen Mut. Diese Reaktionen lassen die Hoffnung zu, daß das Netz menschlicher Beziehungen diesmal das Schlimmste verhindert, daß man hinschaut und eingreift, wenn es gegen Schwächere geht, daß schon verbale Angriffe abgewehrt werden.
Auch dafür gibt es positive Beispiele. So ließ sich ein Bremer Busfahrer nicht von einem Fahrgast einschüchtern, der lautstark dagegen protestierte, daß das Einsteigen eines Rollstuhlfahrers ein wenig mehr Zeit brauchte – er rief die Polizei zu Hilfe.
Wachsamkeit, Zivilcourage und Solidarität bieten wirksameren Schutz als Mauern. Darauf sind behinderte Menschen angewiesen. Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, diese Tugenden von unseren Mitbürgern einzufordern. Vielleicht geben die zum Jahreswechsel anstehenden Reden Gelegenheit dazu.
Bei allem Verständnis dafür, daß wir noch sparsamer sein müssen als bisher, möchten wir sie dennoch herzlich bitten: Lassen Sie es nicht dazu kommen, daß gerade in dieser Zeit mit einer weiteren Diskussion um Kosteneinsparungen im Sozialbereich der Öffentlichkeit vermittelt wird: Mehr sind uns die Schwächsten nicht wert.

Wir haben dankbar erfahren, daß Sie, Herr Bundeskanzler, sich behinderten Menschen gegenüber besonders aufgeschlossen gezeigt haben. Ihr Vorbild kann viele zum Nachdenken bringen. Bitte helfen Sie mit, behinderten Menschen und allen, die um sie in Sorge sind, das Gefühl zu vermitteln, daß sie in unserer Gesellschaft nicht alleingelassen sind, daß notfalls staatliche Kräfte für ihren Schutz einstehen.
Noch ist es Zeit, schlimme Entwicklungen zu Lasten behinderter Menschen durch mutiges Bekenntnis und entschlossenes Handeln abzuwehren. Daran erinnert unsere Aktion: „Wir brauchen viel mehr Menschlichkeit".

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest.

In freundschaftlicher Verbundenheit und mit herzlichen Grüßen

Annemarie Griesinger

Annemarie Griesinger
Bundesvorsitzende
der Lebenshilfe für geistig Behinderte

K

KULTUR

Kunstsprünge

Dr. Rudolf Turber

In der STÜTZE 1/93 wurde VERY SPECIAL ARTS INTERNATIONAL (VSAI) vorgestellt, die sich der Förderung der Kunst behinderter Menschen verschrieben hat. Welche Kreativität auf diesem Gebiet zu finden ist, zeigte kürzlich die Ausstellung „Kunstsprünge" in Berlin-Johannisthal mit Arbeiten geistig Behinderter aus beiden Teilen der Stadt. Obwohl ursprünglich nur für drei Wochen konzipiert, zog sie über drei Monate lang die Besucher in ihren Bann. „Kunstsprünge" steht sowohl für Kooperation und weiteres Zusammenwachsen in Ost und West als auch für vorhandene Grenzen, die materiell oft noch sehr eng gezogen sind.
Nemera Desisa, Deutschlanddirektor von VSAI, hatte es nicht leicht, mit Rollstuhl und ohne Lift in die dritte Etage des Heimatmuseums vorzudringen. Kaum oben angekommen, knüpfte er Kontakte zu Ausstellenden und deren Betreuern. Zu hoffen bleibt, daß sich daraus stabile Formen der Zusammenarbeit entwickeln.
Auch internationale Gäste besuchten die Ausstellung. Dr. Wassilij Nesterow vom Komitee „Tschernobyl und die Kinder" aus Belorußland äußerte beispielsweise den Wunsch, die „Kunstsprünge" in seine Heimat zu holen.

Blick in die Ausstellung: Nemera Desisa mit der Malerin Ingrid Hoffmann

Tanz im Pferdestall

Zur Eröffnung des ersten Theaters von Behinderten

Tina Ciaglia

Knisternde Spannung, die Trommeln hallten weit über den Platz: Der Winter wurde verbrannt! Die buntgekleidete und phantasievoll maskierte Menge staunte und freute sich, als die Figur GEIGEL-DEIBEL in Flammen aufging und so das Böse vertrieben wurde.
Dieses Spektakel rund um den Käthe-Kollwitz-Platz im Herzen Berlins und der Maskenumzug von SONNENUHR am 6. März waren der Auftakt für die Eröffnung des ersten Theaters von Behinderten in Deutschland – dem THEATER IM PFERDESTALL.
Speziell für dieses Ereignis wurde mit mehr als zwanzig Behinderten ein Maskenspiel eingeübt: Wunderbare Schauspieler und exotische Masken aus eigener Produktion waren zu bestaunen; sogar zweimal, denn das Stück mußte wegen der vielen Gäste wiederholt werden. Unter ihnen war auch Staatssekretär Silo, der stellvertretend für den Kultursenator das Theater feierlich eröffnete.
Toll waren auch die Gurkenlandboys – eine Band von Menschen mit geistiger Behinderung aus Düsseldorf, die stundenlang für gute Laune beim tanzwütigen Publikum sorgten.
Das THEATER IM PFERDESTALL wird in diesem Jahr mit zwei Inszenierungen die Theaterwelt Berlins bereichern. Unter der

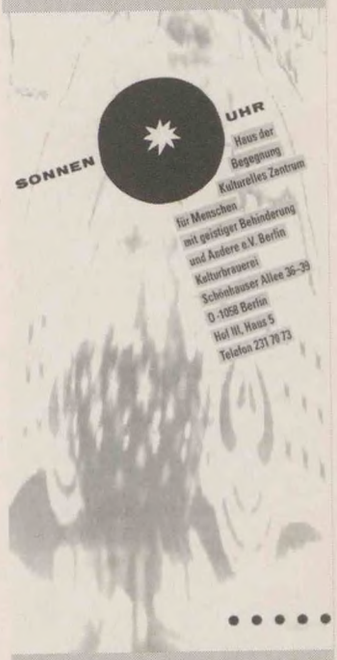
Regie von Gisela Höhne hat im September der „Winternachtstraum" als Adaption von Shakespeares „Sommernachtstraum" Premiere, und Ende 1993 spielt Klaus Erforths Theatergruppe die „Verwandlung" nach Franz Kafka.
Wie die Arbeit von SONNENUHR als ein ABM-Projekt bis dahin weitergehen wird, ist nach dem widersinnigen ABM-Stopp noch völlig unklar.

Haus Sonnuhr Kulturbrauerei
knack Tor Schreäzki Straße beim Fortner!
Es war ein schönes Fachingspiel
Es waren alle heute vom Sonnuhr und
viele andre da es begann um 14 00 mit
den Maskenumzug um den Kollwitzplatz
und dann war ein Bißchen geh, Trommelkanz
und dann war die Verleihung zu Karbennun!
es macht spaß! Zwei Mahl Maskenspiel bis 17 00 –
und dann war Essen angesagt!
und dann war die Band aus Düsseldorf!
vom 18 - 21 Uhr und wir saßen bis 23 30 Uhr
im Kartestall! Es war schones Fachingspiel!
und wir sind am 18.3.93 ins Fernsehen

KULTUR

SONNENUHR
Aufführungen:

- 24. April, 18 Uhr „Prinz Weichherz" Kesselhaus Kulturbrauerei
- 25. April, 15 Uhr „Prinz Weichherz" Kesselhaus Kulturbrauerei
- 22. Mai, 15 Uhr „Zirkus", 20 Uhr „Maskenspiel" (anläßlich des Zwischen-Welt-Festivals)
- 19. Juni „Maskenspiel" auf der Weberwiese
- 20. Juni, 20 Uhr „Prinz Weichherz" Kesselhaus Kulturbrauerei



Stimmungsgedicht von Thomas Jahn, 23 Jahre

ANTI-
DISKRIMINIERUNG

Splitter zum Thema

• Das Grundgesetz wurde 1948/49 vom Parlamentarischen Rat geschrieben – fast ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit. Die hatte anderes zu tun. Bis Mitte Dezember 1948 waren spärliche 615 Vorschläge eingegangen; jeder vierte davon beschäftigte sich mit den Bundesfarben und der Bundesflagge.

• 1991 stellte das „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder" (aus Politikern *und* Wissenschaftlern) einen Entwurf für eine gesamtdeutsche Verfassung vor – mit Regelungen über soziale Rechte, Volksbegehren und Volksentscheid.
Das Parlament ignorierte das Papier.

• Seit 13 Monaten berät die Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat über eine Reform. Beschlüsse brauchen eine Zwei-Drittel-Mehrheit.
CDU und CSU haben mit einer Ausnahme nur Juristen bestellt. Kein Ausschußmitglied der Union kommt aus den neuen Bundesländern. Von den 28 mit SPD-Parteibuch sind es lediglich drei. Frauen sind in verschwindender Minderheit.
Unter diesen Vorzeichen sind bis heute 1000 Seiten Anträge produziert worden.

Positive Botschaft mit Folgen?

Ottmar Miles-Paul

Der neue US-Präsident Bill Clinton hat den amerikanischen Behindertenverbänden anläßlich eines „Gipfels zur Gleichstellung Behinderter im Berufsleben" seine volle Unterstützung und seinen Einsatz für die konsequente Umsetzung des 1990 verabschiedeten Gleichstellungsgesetzes für Behinderte – „Americans with Disabilities Act" (ADA) – zugesichert: „In einer leistungsorientierten globalen Wirtschaft kann es sich unser Land nicht leisten, auch nur die Fähigkeiten einer einzelnen Person zu verschwenden – Möglichkeiten müssen für jeden offen sein. Da ich davon überzeugt bin, daß unsere gesamte Nation von den ökonomischen und sozialen Verbesserungen, die aus der vollen Teilhabe behinderter Menschen resultieren, profitieren wird, fühle ich mich der Um- und Durchsetzung des ADA in hohem Maße verpflichtet".
Auch Vertreter der Wirtschaft, die dem Gesetzesvorhaben ursprünglich eher skeptisch gegenüber gestanden haben, erklärten ihre Unterstützung des Gesetzes.
Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über die Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Beeinträchtigungen hoffen wir, daß diese positive Botschaft des US-Präsidenten für einen längst überfälligen Umschwung in der deutschen Behindertenpolitik sorgen wird.

News zur Verfassungsänderung

Der Abstimmungstermin der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern am 25.3.93 hinsichtlich unserer Forderung nach einem Diskriminierungsverbot für Menschen mit Beeinträchtigungen ist auf Mitte bis Ende April verschoben worden. Die aktuelle Terminliste der Kommission lag uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor.
Die SPD-Fraktion hat beschlossen, das Diskriminierungsverbot in Art. 3, Abs. 3 festzuschreiben. Jedoch nicht als Einfügung in die Aufzählung, sondern als direkt anschließenden Satz, der wie folgt lautet: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."
Gespräche mit den Unionsparteien über diesen Satz sind noch nicht erfolgt.

Frauen in bester Verfassung?

Andrea Schatz

Mit der Forderung nach einem Diskriminierungsverbot im Grundgesetz stehen die Behinderten nicht allein. Sie verbindet uns mit den Frauen, die den Art. 3: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" erweitern und den Staat zur realen Gleichstellung verpflichten wollen.
Die geplante Ergänzung verbietet u.a. eine Benachteiligung oder Bevorzugung von Menschen wegen ihres Geschlechts. In einem Zusatz, den wir sinngemäß in unserem Änderungsvorschlag zu Art. 3 GG übernommen haben, soll es heißen: „Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung von Frauen zulässig." Denn bislang halten Verfassungsrechtler die bevorzugte Einstellung von Frauen für eine unzulässige Bevorzugung aufgrund ihres Geschlechts für verfassungswidrig.
Was eine Grundgesetzänderung für Frauen und gleichermaßen für Behinderte in Deutschland bringen soll, erklärte die hessische Frauenministerin Heide Pfarr (SPD): „Wir verändern dadurch den Maßstab, nach dem Gesetze beurteilt werden. Jedes Gesetz müßte dann auf seine Wirkung auf Frauen überprüft werden. Gesetze ersetzen aber keine Frauenpower. Sie stärken sie. Eine politische Frauenbewegung ist zur Durchsetzung von Frauenrechten unersetzlich."

Ich habe ein behindertes Kind

Mütter und Väter berichten

In diesem Buch trägt Edith Zeile, die selbst Mutter einer geistig behinderten Tochter ist, Berichte von Eltern über das Leben mit ihren behinderten Kindern zusammen. Siebzehn Mütter und ein Vater berichten vom Alltag mit ihren ganz unterschiedlich schwer geschädigten Kindern. In allen Berichten kommt die Verzweiflung zum Ausdruck, wenn die Eltern erfahren, daß sie ein behindertes Kind haben. Es werden die täglichen, unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten, die das Leben mit einem behinderten Kind mit sich bringt, gezeigt. Auch ist die Rede vom teilweisen Unverständnis in den Behörden und bei den Ärzten.
Das Buch berührt einen stark, gerade wenn man selbst ein behindertes Kind hat; denn die Erfahrungen und Gedanken, die dort aufgeschrieben werden, kommen einem sehr bekannt vor und lassen alles, was man selbst erlebt hat, noch einmal Revue passieren.
Trotz aller Verzweiflung und aller Schwierigkeiten, von denen in den Berichten die Rede ist, kommt doch in fast allen Schilderungen zum Ausdruck, daß ein behindertes Kind auch ein großes Glück bedeutet; denn diese Kinder brauchen besonders viel Aufmerksamkeit und Liebe und sind dafür besonders dankbar. Wenn man ein behindertes Kind hat, ändern sich die Wertmaßstäbe. Man kann Wesentliches besser von Unwesentlichem unterscheiden und wird offener und sensibler für fremdes Leid. Das ist eine der wichtigen Erfahrungen, die in allen Berichten deutlich wurde.

Angelika Noack

**Ich habe ein behindertes Kind.
Mütter und Väter berichten.
Herausgegeben von
Edith Zeile,
Deutscher
Taschenbuch Verlag,
9,80 DM (3. Auflage, 1991)**

Erinnern an Ausgegrenzte

„Warum sollte ich jemand anderes sein wollen?
Erfahrungen eines Behinderten“

Der Verlag Jakob van Hoddis in Gütersloh will mit seinem Namen an einen Menschen erinnern, der als expressionistischer Dichter, als Jude und als psychisch Kranker von den Nationalsozialisten für minderwertig befunden, verfolgt und ermordet wurde.
Die Publikationen des Verlages sollen die Erinnerung an Jakob van Hoddis und seine Lebensgefährten wachhalten. Dazu möchte man Beziehungen von bisher ausgegrenzten Gesellschaftsbereichen zum kulturellen Leben entwickeln und fördern.
Zu den Aufgaben des Verlages gehört im Rahmen eines Förderkreises in Gütersloh auch die Mitfinanzierung von Arbeitsplätzen für psychisch kranke Menschen.
Eine der jüngsten Publikationen ist die Autobiographie „Warum sollte ich jemand anderes sein wollen? Erfahrungen eines Behinderten“.
Der schwer körperbehinderte Fredi Saal hat seit den fünfziger Jahren unermüdlich die Behinderten zur Selbsthilfe animiert und vielen von ihnen durch Aufsätze Mut zum Schreiben und zur öffentlichen Artikulation gemacht.
Die Geschichte des als Kind in eine Anstalt für geistig Behinderte gesteckten, als nicht bildungsfähig eingestuften und jetzt 57 Jahre alten Mannes ist gleichzeitig ein Sittengemälde der Nachkriegsjahrzehnte der Bundesrepublik.
Saal schildert, wie er unter unendlichen Mühen zwischen behindernden wie hilfreichen Menschen seinen Weg zu sich selbst und seinen Standort in dieser Gesellschaft gefunden hat.

**Fredi Saal
Warum sollte ich jemand anders sein wollen?
Erfahrungen eines Behinderten.
Verlag Jacob van Hoddis,
236 Seiten, 24 DM**

Wir sind nicht mehr aufzuhalten

Neue Formen der Beratung

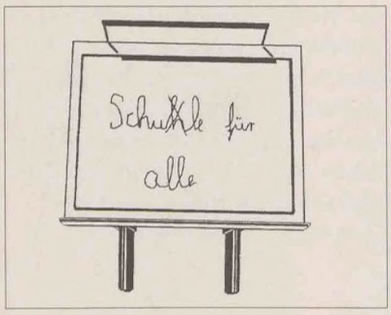
In einem Vergleich zwischen entsprechenden Beratungszentren in den USA und der BRD werden neue Ansätze in der Behindertenarbeit und behindertenpolitische Entwicklungen in den beiden Ländern aufgezeigt. Während es mittlerweile gang und gäbe ist, daß sich Frauen von Frauen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, beraten lassen und sich in Selbsterfahrungs- und Selbstbehauptungsgruppen zusammenschließen, ist dieser Ansatz in der Behindertenarbeit noch eher eine Rarität. Viele Beratungsstellen für Behinderte werden nach wie vor nicht von ihnen selbst betrieben. Projekte wie die Zentren für selbstbestimmtes Leben Behinderter existieren bisher nur in wenigen Städten und erhalten nur geringe finanzielle Unterstützung durch die Kommunen und Länder, obwohl sie eine ausgezeichnete und oftmals wesentlich effektivere Arbeit als die traditionellen Einrichtungen leisten. Ottmar Miles-Paul macht in seinem Buch deutlich, daß das Konzept des Peer Counselings (Beratung von Behinderten für Behinderte) nicht nur ein neues Modell einer zielgerichteteren Beratung ist, sondern auch das pädagogische Rüstzeug einer neuen Bewegung behinderter Menschen darstellt, in dessen Mittelpunkt die gegenseitige Unterstützung und Befähigung auf dem steinigen Weg zur Selbstbestimung und Selbstvertretung steht.
So ist dieses Buch auch ein engagiertes Plädoyer für das Konzept des Empowerments (Ermächtigung und Befähigung) Behinderter.

Karl Matthias Schäfer

Wir sind nicht mehr aufzuhalten.
Ottmar Miles-Paul,
ag spak Verlag München,
28 DM

Integration im Osten?!

Die Broschüre „Integration im Osten?!" faßt Erfahrungen und Berichte über die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen in Ostberlin zusammen.
Mit der ersten Auflage wandten



sich betroffene Eltern an Erzieher, Lehrer, Ärzte, Psychologen und andere, denen eine Kita und eine Schule für alle Kinder am Herzen liegt.
Die Schrift enthält auch Kontaktadressen und weiterführende Literaturhinweise.
Über Spenden, die helfen, weitere Aktivitäten zu finanzieren, wäre die Arbeitsgruppe dankbar.
Herausgeber:

Berliner Behindertenverband e.V.
Arbeitsgruppe „Bildung für alle"
Märkisches Ufer 28
O-1020 Berlin

ER-INNERUNGEN einer Mutter

„Dieser Gedichtband ist für uns insofern ein Novum, als wir damit zum erstenmal Literatur von Eltern für Eltern vorstellen.
Wir finden, diese Texte sind eine Verbreitung weit über das übliche Lebenshilfe-Spektrum hinaus wert", schrieb der Marburger Verlag der STÜTZE-Redaktion.
Ulla Schmidt: Johanna
ER-INNERUNGEN einer Mutter
1. Auflage 1992, 64 Seiten,
Lebenshilfe-Verlag Marburg,
Nachwort von
Prof. Dr. Antonius Sommer
ISBN 3-88617-017-9

Rolli-Moden jetzt mit neuem Katalog

„Nach Jahren der Losenblatt-Sammlung kommt nun ein Katalog mit dem Komplettprogramm Frühjahr/Sommer `93 raus", teilte die Firma Rolli-Moden mit. Nach Angaben des Lobbacher Modehauses für RollstuhlfahrerInnen bekommen Interessenten den vierfarbigen Katalog zweimal im Jahr zugesandt. In der Mitteilung an die Presse wird auf eine weitere Neuerung hingewiesen: „Das Projekt Handschlag bietet Vereinen und Treffs die Möglichkeit der Sammelbestellung zu günstigen Konditionen."

Rolli-Moden GmbH
Spitzäcker 13
W-6921 Lobach 1
Tel.: (062 26) 43 81

Freiwillige Rentenversicherung für Erwerbsunfähige

Regelungen und Praxis nach dem Übergangsrecht
Ernst Haase

Aufgrund mehrerer Anfragen an die Redaktion zum Beitrag „Sicherstellung des Lebensunterhaltes behinderter Menschen in den neuen Bundesländern durch Leistungen der Rentenversicherung" (DIE STÜTZE, 21/92, S.12/13) möchte ich konkreter auf dieses Thema eingehen. Indes bitte ich um Verständnis, daß ich nur Hinweise und Erläuterungen geben kann, um die Regelungen des Rentenüberleitungsgesetzes verständlicher zu machen. Die individuellen Auswirkungen müssen letztlich persönlich mit der Rentenversicherung (BfA oder LVA) geklärt werden.

Drei Beispiele der Berentung

Wir unterscheiden drei Beispiele für die Berentung von Menschen mit Behinderung in den neuen Bundesländern, die wegen Invalidität keine Berufstätigkeit aufnehmen konnten:

1. Invalidenrente gemäß Rentenverordnung der DDR; Umwertung in eine „West"-Rente am 1.1.92 mit Festlegung eines Auffüllbetrages ohne einen monatlichen Rentenbetrag.

2. Invalidenrente gemäß „Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets"; für Personen, die nach dem 31.12.91 das 16. Lebensjahr vollendeten und vor dem 31.12.96 invalidisiert werden, keine Pflichtbeitragszeiten nachweisen können und deren Rente in der Zeit vom 1.1.92 bis zum 31.12.96 beginnt.

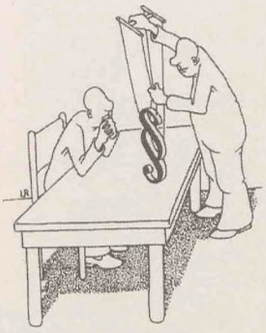
3. Invalidisierung von Personen ab 1.1.97 gemäß SGB VI.

Grundsätzlich gilt, daß bei fehlenden Pflichtbeitragszeiten sowie noch nicht erfüllter allgemeiner Wartezeit von 20 Jahren (gemäß §§ 44 und 50 SGB VI) kein Rentenbetrag gezahlt wird. Die nach DDR-Rentenverordnung oder „Übergangsrecht . . ." gezahlte Invalidenrente für nicht berufstätige Behinderte besteht ab 1.1.92 nur aus einem Auffüllbetrag. Dieser ist nicht dynamisierbar, wird aber über den 1.1.96 hinaus weitergezahlt, solange kein Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente (EU-) besteht.

Zu 1.
Nach dem Rentenüberleitungsgesetz und dem SGB VI ist es immerhin möglich, die erforderlichen 20 Jahre Wartezeit für eine EU-Rente wie folgt zu erreichen.
Den betroffenen Personen wird der gewöhnliche Aufenthalt in der DDR ab 16. Geburtstag, jedoch frühestens ab 1.7.75 bis 31.12.91 als Pflichtbeitragszeiten (§ 248 SGB VI) anerkannt.
Dies aber nur, wenn sie ihre Invalidität bereits im 16. Lebensjahr ärztlich feststellen ließen.
Insgesamt eine Regelung die günstig für die Personen wirkt, die im Juli 1975 gerade 16 Jahre alt geworden waren und ungünstig für Personen, die bereits älter waren. Für diese vermindert sich die Zurechnungszeit.

Die günstigste Variante

Nehmen wir nun die günstigste Variante, eine nicht berufstätige Person wurde im Juli 1975 16 Jahre alt. Sie erhielt gemäß § 11 der DDR-Rentenverordnung seit Juli 1977 eine Invalidenrente.



Bei der Umwertung am 1.1.92 wurde der Auffüllbetrag festgelegt. Das sind mittlerweile 437 DM plus evtl. einem Sozialzuschlag.
In diesem Beispiel werden 16,5 Jahre voll als Pflichtbeitragsjahre anerkannt. Die noch fehlenden 3,5 Jahre müssen ab 1.1.92 durch Beitragszahlung entweder aus
a) versicherungspflichtigem Einkommen oder
b) freiwilligen Beiträgen oder
c) durch Übernahme dieser Zahlungen durch das Sozialamt erbracht werden.

Die anerkannten 16,5 Jahre würden nach Ablauf der 20 Jahre eine monatliche Rente von rund 350 DM ergeben.
Hinzugerechnet werden entweder
a) aus 3,5 Jahren Tätigkeit in einer Werkstatt für Behinderte (WfB), unabhängig vom Einkommen rund 75 DM Rente oder
b) aus 3,5 Jahren freiwilliger Beitragszahlung von monatlich mindestens 88,50 DM rund ca. 20 DM Rente.
Um auf eine Rente von 75 DM wie bei a) zu kommen, müßten monatlich 340 DM Beitrag gezahlt werden.
Dabei ist zu beachten, daß diese Beiträge für die Nachzahlung für 1992 gelten und für die nächsten Jahre Erhöhungen zu erwarten sind.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, daß sich (finanziell für die Rente gesehen) die Tätigkeit in einer Werkstatt für Behinderte lohnt.

c) Ist sowohl eine berufliche Tätigkeit als auch eine freiwillige Beitragszahlung nicht möglich, könnte das Sozialamt nach § 14 BSHG die Beiträge übernehmen.

Dies ist keine Regel- sondern eine Ermessensleistung, die nur erwartet werden kann, wenn mit der späteren Zahlung einer Erwerbsunfähigkeitsrente die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt nicht mehr nötig wäre.
Das bedeutet, daß sich der Aufwand des Rentenbeitrages für das Sozialamt rechnen muß.

Zu diesem Rentenbetrag von
a) 425 DM oder
b) 370 bis 425 DM oder
c) 370 bis 425 DM
werden noch Beträge aus den Zurechnungsjahren bis zum 55. Lebensjahr plus ein Drittel der Jahre bis zum vollendeten 60. Lebensjahr hinzugerechnet.
In der günstigsten Variante würde die Person im Alter von 36 Jahren, d.h. im Jahr 1995, eine monatliche Rente von
a) 855 DM oder
b) 760 bis 855 DM oder
c) 760 bis 855 DM
erhalten.

Die ungünstigste Variante

Bei der ungünstigsten Variante vollendete eine Person im Dezember 1991 ihr 18. Lebensjahr und erhielt eine Invalidenrente. Mit der Umwertung am 1.1.92 wurde wie in der ersten Variante diese Rente als Auffüllbetrag festgelegt.
Die finanziellen Auswirkungen sind nun prekär: Für einen Rentenanspruch ab dem Jahr 2009 werden die zwei Jahre aus dem gewöhnlichen Aufenthalt in der DDR als Pflichtbeitragszeiten anerkannt; und damit 18 Jahre Beitragszahlung erforderlich.
Bei dieser Dauer wird wohl das Sozialamt die Beiträge nicht übernehmen.
Für eine freiwillige Beitragszahlung bei der Gesetzlichen Rentenversicherung wären mindestens 400 DM monatlich (86.400 DM insgesamt) zu garantieren, um eine Rente in ähnlicher Höhe wie in der ersten Variante zu erzielen.
Es wäre zu prüfen, ob man diesen Betrag besser in eine private Versicherung oder Vermögensanlage einzahlt. Das wiederum lohnt sich nur, wenn die eingezahlte Summe plus Zinsen zum Termin oder Ereignis als Betrag zur Verfügung steht und davon eine monatliche Zahlung erfolgen kann.

Zu 2.
Für die unter diesem Punkt genannten Personen wird die Invalidenrente sogleich als Auffüllbetrag festgelegt.
Eine Anerkennung von Zeiten des gewöhnlichen Aufenthaltes in einem der neuen Bundesländer gibt es für diesen Zeitraum nicht.
Es bleiben nur die Möglichkeiten, die 20 Jahre Wartezeit durch Arbeit in einer Werkstatt für Behinderte zu erreichen oder monatlich eine freiwillige Beitragszahlung von mindestens 360 DM zu entrichten.

Zu 3.
Für den unter Punkt 3 genannten Personenkreis gibt es keinen Auffüllbetrag auf der Basis des „Übergangsrechtes für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets".
Die 20 Jahre Wartezeit sind nur erreichbar durch Arbeiten in einer Werkstatt für Behinderte oder durch freiwillige Versicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Nachzahlung der freiwilligen Beiträge für das Jahr 1992.

Der letzte Termin war eigentlich der 31.3.93. Wer bis dahin mit der Rentenversicherung noch keine Vereinbarung über die Nachzahlung getroffen hat, sollte es dennoch versuchen. Er müßte *sofort* einen „Kontenklärungsantrag" stellen und sich auf § 197 SGB VI „Wirksamkeit von Beiträgen", Abs. 3: „In besonderen Härtefällen ..." berufen. Wem eine Nachzahlung für 1992 nicht mehr gelingt, hat bei der Rentenberechnung den Verlust eines Zurechnungsjahres und damit finanzielle Einbußen hinzunehmen.

Ein Ziel für die Zukunft: Kommunaler Sozialbetrieb

Behinderteninitiative Arbeitsbeschaffung e.V.

Die fortwährende Benachteiligung behinderter Menschen in Arbeit und Beruf müsse durch zwingendere gesetzliche Regelungen beendet werden, forderte Michael Rüther, Vorsitzender der Neubrandenburger „Behinderteninitiative Arbeitsbeschaffung e.V." (BIAB).
Nach der Vereinigung Deutschlands stehe nennenswerten Verbesserungen – beispielsweise bei der technischen Hilfsmittelversorgung – die wirtschaftliche Entmündigung Behinderter entgegen, konstatierte Rüther auf der ordentlichen Hauptversammlung des Vereins am 21. November 1992: „Mir scheint das Neue an der Behindertenbewegung zu sein, daß sich Behinderte und Betroffene mehr und mehr als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft verstanden wissen wollen, als Teil der vielen Minderheiten, wenn man bei zehn Prozent der Bevölkerung noch von Minderheiten reden kann, deren gemeinsames Problem darin besteht, daß ihre Würde (auch ihre Sicherheit) bedroht ist, daß ihnen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit verwehrt wird und allenthalben Diskriminierung und Atoleranz begegnen." Weiter unterstrich Rüther im Rechenschaftsbericht, „daß eine Landesverfassung ohne einen Artikel, der die Antidiskriminierung und Gleichstellung behinderter Menschen als einklagbares Grundrecht festschreibt, nicht unsere Zustimmung erhalten wird". Rüther verwies darauf, daß drei Viertel aller Arbeitgeber in der Bundesrepublik die Pflichtquote bei der Beschäftigung Schwerbehinderter nicht erfüllten und sich lieber durch die Ausgleichsabgabe freikauften: „Um so unverständlicher erscheinen die beabsichtigten Kürzungen im Umfang von 500 Millionen Mark im Bereich der beruflichen Rehabilitation.
... Das muß unser aller Protest auslösen. Es darf in den berufsfördernden Leistungen für Schwerbehinderte keine Kürzungen geben. Auch die geplanten Kürzungen bei ABM-Projekten weisen wir auf das Schärfste zurück, solange keine andere Finanzierung der sozialen Leistungen gesichert ist, neue Wirtschaftsstrukturen greifen und sich die Arbeitsmarktlage spürbar entschärft".

Nach Michael Rüthers Worten ist die Region gekennzeichnet durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, einen sehr hohen Anteil Langzeitarbeitsloser, durch den Niedergang der angestammten Industrie, ökologische Altlasten und sehr enge Handlungsspielräume der Kommunen.
Dementsprechend sei es das Ziel der BIAB, vom sogenannten ersten Arbeitsmarkt ausgegrenzte Personengruppen zu qualifizieren und sie in sinnvollen, zukunftsträchtigen Bereichen zu beschäftigen. Umwelt, soziale Dienstleistungen, Stadt und Verkehr sind „nützliche Betätigungsfelder".
Er stellte einige Projekte vor, die als AB-Maßnahmen ins Leben gerufen werden konnten: 1. Schreibservice Neubrandenburg; 2. Arbeiten und Lernen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und Ausbildung; 3. Babysitting und häusliche Krankenpflege; 4. Tagesstätte für Behinderte und Benachteiligte; 5. Rollende Werkstatt; 6. Sozialen Service-Ring; 7. Forschungsprojekt: Arbeiten für Schwerbehinderte und Frauen; 8. BIAB-Report 2000.

„Es sollte die reale Chance genutzt werden, die Behinderteninitiative Arbeitsbeschaffung e.V. innerhalb einer angemessenen Zeit zu einem *kommunalen Sozialbetrieb* zu entwickeln. Eine derartige Betriebsgründung ... setzt eine stärkere Ausrichtung der Projekte nach Kriterien der Kommerzialisierung, Professionalisierung, der Entwicklung von Vermarktungsstrategien und einen entsprechenden Zeitvorlauf voraus." Damit sei jedoch die Beschäftigungsinitiative in ihrer gegenwärtigen Struktur überfordert, meinte der BIAB-Vorsitzende.

Vorstand und leitende Mitarbeiter der BIAB e.V.

vorn 2.v.r. Michael Rüther hinten 2.v.r. Volker Keßling, Behindertenbeauftragter der Stadt Neubrandenburg

B

BILDUNG & BERUF

Fortbildungsangebote

Über Fortbildungsangebote auf steuerrechtlichem, betriebs- und personalwirtschaftlichem Gebiet können sich Interessenten bei FRÖBEL e.V. informieren. Die Kurse werden in Zusammenarbeit mit dem „Forum Berufsbildung e.V." in Berlin-Kreuzberg, organisiert.
FRÖBEL bietet auch eine ambulante Behindertenberatung an. Fachleute geben Auskunft zu Fragen der Orthopädietechnik, führen Seminare für Pflegekräfte in Seniorenheimen und Sozialstationen, sowie Kurse für Betreuer in Reha- und Integrationskindertagesstätten durch.
FRÖBEL e.V. ist Mitglied im Paritätischen Bildungswerk e.V., als gemeinnützig anerkannt und in den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Sozial- und Bildungsbereich für spezielle Themen staatlich anerkannter Bildungsträger.
Kontakt:
FRÖBEL e. V.
Dimitroffstraße 81
O-1055 Berlin
Telefon: (030) 426 20 93
Fax: (030) 426 35 17

Schule für alle - und was kommt danach?

„Der Aufenthalt in einem Jugendwerkheim (JWH) ist für behinderte Jugendliche zu empfehlen, die nach dem Abschluß der Schule noch nicht über ausreichende Konzentration und Ausdauer verfügen, um in einer Werkstatt für Behinderte zu arbeiten, oder über die noch Unklarheit über ihr Leistungsvermögen besteht", schreibt Elke Weinert in den „Elternbriefen" (26/1992). Handwerkliche Fertigkeiten können im Jugendwerkheim jenseits von Leistungszwängen erlernt werden – eine gute Übergangslösung nach dem BSHG § 39/40. Die Ergebnisse der Förderung schätzt jährlich ein Ausschuß ein, dem Sozialarbeiter, Arbeitsvermittler, Psychologen, Erzieher und ein Arzt angehören. Sie geben Empfehlungen für die weitere Entwicklung der Jugendlichen.
Weitere Auskünfte können Sie montags bis freitags von 9 bis 15 Uhr erhalten:
„Eltern helfen Eltern e.V."
Geschäftsstelle
Schottstraße 6
O-1130 Berlin
Telefon: (030) 559 41 90

Computer für Behinderte

Technisch ist alles möglich – doch Technik ist nicht alles

Andreas Fünfstück

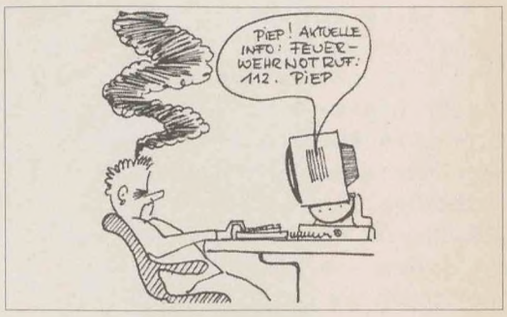
Computerarbeitsplätze für Behinderte sowie Datenbanken für Sozial- und Bauberatung waren während einer Präsentationsveranstaltung des Leipziger Behindertenverbandes zu sehen und zu erproben. Im Zentrum für Integration zeigten Firmen aus den alten und neuen Bundesländern, daß der Computer für fast jede Behinderungsart als Arbeitsmittel in Frage kommt.

Computer als Hilfs- und Kommunikationsmittel

Dank seiner Anwendungsvielfalt können auch geistig Behinderte mittels spezieller Bedienelemente und Software Therapieprogramme absolvieren.
Erstmalig in Leipzig vorgestellt wurde die praktische und flexible Computerbedienung durch Spracherkennung. Die Besucher – unter ihnen Vertreter aus Ämtern, Behörden und Verbänden – begutachteten sie mit regem Interesse. Fast die gesamte Palette der Möglichkeiten, die Computer den Hör-, Seh- und Körperbehinderten heute bieten, konnte besichtigt werden. Darüber hinaus ließen sich umfassende Informationen aus Datenbanken abfragen. Derartige Datensammlungen erlauben es, innerhalb kürzester Zeit eine Übersicht zu erhalten über finanzierbare und sinnvolle Rehabilitationshilfen oder über Kontaktadressen von Ämtern, Einrichtungen und Firmen.
Besonders schwierig für Behinderte und ihre Angehörigen sind häufig der Zugang und das Erreichen von öffentlichen Einrichtungen. Genauso problematisch gestaltet sich in vielen Fällen die Wohnsituation Behinderter. Nur mit fremder Hilfe, die im voraus (oft ohne Telefon) organisiert werden muß, ist die Teilnahme am öffentlichen Leben möglich. Hier sind kurz- und mittelfristige Lösungen seitens der Verantwortlichen in den Kommunen und im Lande gefragt. Der momentane Bauboom birgt die unwiederbringliche Gelegenheit, von vornherein behindertengerecht zu bauen. Dazu ist kompetente Beratung notwendig, es darf nicht um Alibilösungen gehen.

Gut beraten durch Datenbanken

Eine solche Beratung bietet der Leipziger Behindertenverband seit 1991 an. Um sie noch effektiver zu gestalten, werden zukünftig Datenbanken das Beschaffen von Informationen erleichtern.
Beispielsweise wird es möglich sein, kurzfristig Auskunft darüber zu geben, welche Einrichtungen der Stadt für Behinderte zugänglich und nutzbar sind, wo sich entsprechende Telefonzellen und Toiletten befinden.
Darüber hinaus wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch unter den Städten in Deutschland und auch in Europa angestrebt.
Die Beratung im sozialen und baulichen Bereich wird auf die Dauer nur so gut



sein, wie sie den Betroffenen und ihren Angehörigen hilft, den ihnen zugesicherten gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft einzunehmen.
Es hilft den Betroffenen wenig, wenn sie allseitig und umfassend informiert aus einer Beratung herausgehen, aber, bevor sie ihre Ansprüche und Rechte geltend machen können, an „Äußerlichkeiten" und Kompetenzgerangel scheitern.

Integration mittels Computertechnik

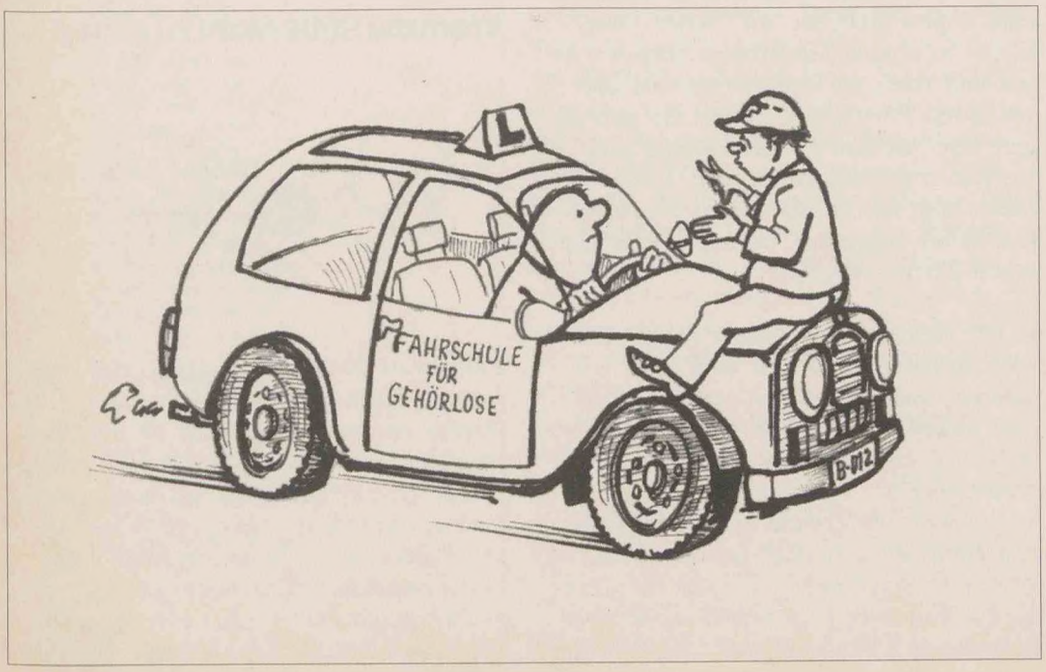
Betroffene, Rehabilitationsträger, Ämter, Arbeitgeber und Technikanbieter müssen um ihre Zuständigkeiten wissen.
Rehabilitationsträger sind oft nur unzureichend über die Möglichkeiten der Integration Behinderter mittels Computertechnik informiert. Sie aber entscheiden über die Bewilligung verschiedener Maßnahmen seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Viele Arbeitgeber weigern sich, Behinderte einzustellen oder weiter zu beschäftigen. Sie übersehen dabei die Möglichkeiten technischer Hilfen für den eigenen Bereich.
Viele Betroffene wiederum scheuen sich, die Chancen, die die Computertechnik schon heute für ihre Beteiligung am Arbeits- und Lebensprozeß bietet, umfassend zu nutzen.
Um Kommunikationsdefizite zwischen den Beteiligten abzubauen, initiiert der Behindertenverband Leipzig eine Präsentationsveranstaltung, die im April 1993 im Rahmen der „Tage der Begegnung" stattfinden wird.

ANZEIGE

Junger Mann, 27 Jahre, 180 cm, schlank (nach Unfall auf Rollstuhl angewiesen) sucht treue, natürliche Frau bis 32 mit Interesse für Garten und alles Schöne (mögl. ohne Behinderung, jedoch nicht Bedingung), ein Kind angenehm, eigene Wohnung vorhanden.
Zuschr. unter Chiffre 001/93, Red. DIE STÜTZE

Fahrschulprogramm für Gehörlose

Ein Ausbildungsprogramm für gehörlose Mitbürger bietet eine Berliner Fahrschule an. Der Kursus ist in Zusammenarbeit mit dem Technischen Überwachungsverein und der DEKRA e.V. entstanden.
Das auf Gehörlose abgestimmte Lehrprogramm wird von ausgebildetem Fachpersonal vermittelt.
Sämtliche Video-Lehrfilme sind mit der Gebärdensprache unterlegt. Der theoretische Unterricht wird in Gebärdensprache abgehalten. Besondere Trainingsprogramme bereiten auf die theoretische Prüfung vor. Die praktische Ausbildung wird ebenfalls mit spezieller Elektronik durchgeführt. Während der Fahrt gibt der Fahrlehrer die notwendigen lenkenden Zeichen über Display ein, und diese Zeichen werden dann in der Windschutzscheibe eingespiegelt.
Sowohl die theoretische als auch die praktische Prüfung werden unter Anwesenheit einer Gebärden-Dolmetscherin und von den gleichen Prüfern abgenommen.
Interessenten wenden sich bitte an:
Fahrschule am Frankfurter Tor
Bänschstraße 58
O-1035 Berlin
Auskunft von 12.00 bis 19.00 Uhr unter
Schreibtelefon: (030) 707 40 91
Fax: 772 57 67



BILDUNG & BERUF

Schneidern nach besonderem Maß

Seit Januar 1993 rattern beim Internationalen Bund für Sozialarbeit-Jugendsozialwerk e.V. die Nähmaschinen. 27 Frauen und Männer – teilweise schon lange arbeitslos – sind unter fachkundiger Anleitung einer Schneidermeisterin mit Änderungen und Neuanfertigungen aller Art beschäftigt. Die Arbeiten reichen vom Hosenkürzen, dem Wechseln von Reißverschlüssen und Ausbessern von Haushaltswäsche über das Nähen von Gardinen bis zum Anfertigen von maßgeschneiderter Oberbekleidung.
Ab Februar wird innerhalb der AB-Maßnahme ein Laden in der E. -Jopp-Straße in Fürstenwalde eröffnet, in dem Aufträge angenommen werden.
Sozial Bedürftige, Arbeitslose, Rentner, Menschen mit Behinderungen, aber auch Behinderteneinrichtungen, Kinder- oder Altenheime sind Nutznießer dieses Projektes. Entsprechend niedrig sind die Preise für die Schneiderleistungen.
Besonders interessiert sind die Mitarbeiter an Kontakten zu Reha-Einrichtungen und Behindertenverbänden, da ihnen die Probleme – beispielsweise beim Beschaffen behindertengerechter Kleidung – bekannt sind.

Ulrich Wellner

Internationaler Bund für Sozialarbeit
Außenstelle Scharmützelsee
Fr.-Engels-Damm 143
O-1242 Bad Sarow
Telefon: 20 13

Es ist was es ist – sagt die Liebe

Zu Gast bei Angelika Böhme in der Bartower Pfalz

Anna-Katharina Jung

D

DAS PORTRÄT

Beim abendlichen Grillen rechts: Angelika Böhme

Im Herbst letzten Jahres besuchten geistig behinderte Frauen und ihre Betreuer vom „Ulmenhof" in Berlin-Wilhelmshagen Angelikas Bauernhof. Hier einige ihrer Eindrücke und Erlebnisse:
„Wir saßen zusammen in ihrer großen Küche und waren dabei, als ein Bauer aus der Nachbarschaft das schwarze Schaf Walli schor. Anderntags kam ein Bauernwagen mit zwei schönen Pferden bespannt und gemütlicher Couch und Sessel beladen auf den Hof gefahren. Die freundlichen Kutscher halfen uns ... Platz zu nehmen; Angelika stieg mit Picknickkorb und Gitarre auch auf den Wagen und dann schaukelten wir erzählend und singend zu der wild-romantischen Burgruine Landskron ... Einige sammelten Holunderbeeren. Angelika hatte nämlich vom schönen Holundersaft erzählt, den sie schon oft gemacht hatte und den wir zum Abendbrot trinken wollten ...
Nach abendlichem Spaziergang über mondbeschienene Feldwege war es schön, in Angelikas Zimmer am Kaminfeuer zu sitzen; das Holz dafür hatten wir in einer großen Kiepe aus der Scheune geholt. Wir lauschten ihrer Geschichte, die sie für uns aus ihrer eigenen ‚Schreibwerstatt' ausgesucht hatte ...

Für einige Kenner bereits Geheimtip – der Bauernhof von Angelika Böhme in schöner mecklenburgischer Landschaft. Im vorigen Jahr hat sie mit dem Vermieten begonnen und konnte seitdem viele Gäste über den Sommer, vorwiegend aus Einrichtungen aus dem „vertrauteren Teil" des Landes, aber auch aus Berlin, Bochum und Hamburg begrüßen.
In einem sehr persönlichen, liebevoll gestalteten Faltblatt verspricht sie einen Urlaub ungewöhnlicher Art. Selbst ohne Eltern in einem Kinderheim aufgewachsen und reich an Erfahrungen aus über 15 Jahren Pflegedienst, wehrt sie sich gegen jede Art von Bevormundung und Verwahrung behinderter und älterer Menschen, wie sie ihr in der Vergangenheit so oft begegnete. Gerade diesen Menschen gilt ihr Angebot:

• „Ich vermiete ein Zimmer für ein bis zwei Rollstuhlfahrer mit oder ohne Begleitung und stelle ihnen ein Pflegebett, eine einfahrbare Dusche mit Duschrollstuhl und entsprechender Toilette zur Verfügung."
• „Ein weiteres Zimmer habe ich für einen alten, pflegebedürftigen Menschen vorgesehen. Wenn sie also auf Dienstreise, zur Kur oder in notwendigen Erholungsurlaub fahren müssen, findet in dieser Zeit ihre Mutter oder der Vater hier eine liebevolle Fürsorge."
• „Kleinere Gruppen mit Betreuern (zus. nicht mehr als acht Personen) können mich auch gern besuchen. Ich denke da an geistig behinderte Kinder und Erwachsene. Die Abenteurer unter ihnen dürfen eine Nacht im Heuboden schlafen oder sich ein Zelt aufschlagen und an der Wasserpumpe vor dem Stall waschen."

Wem die Stille nicht zu still ist ...

Einfach ist das Leben in Haus, Hof und Garten. Nicht technische Perfektion eines Hauses ist ausschlaggebend, ob sich Menschen in ihm wohlfühlen, sondern gegenseitige Herzlichkeit und Aufmerksamkeit. Und davon gibt die Gastgeberin viel.
„Die Gäste in der Pfalz leben für kurze Zeit unmittelbar in meinem privaten Wohnbereich und werden von mir ganz individuell bekocht und betreut. Wem die

Stille nicht zu still ist und wer Lieder und Geschichten am Feuer, statt auf dem Bildschirm, liebt, wird hier ganz sicher Ruhe und Erholung finden."
Zahme Tiere – Hund, Ziege, Katzen und Schafe – die sich streicheln lassen, Gartenarbeit, Holundersaft kochen, Brot backen oder eine Nacht auf dem Heuboden schlafen – früher bäuerlicher Alltag – sorgen wieder für unvergeßliche Erlebnisse.

Mehr als ein Urlaub

„Weg von diesem Verwahrcharakter unserer Heime! Kleine Wohngruppen mit Selbstversorgungschance!" – das sind ihre eigentlichen Wünsche und Ziele. Gemeinsam mit ihren Gästen kommt sie für eine kurze Urlaubszeit diesen ein gewaltiges Stück näher.
Voll von Ideen und mit viel Einfühlungsvermögen macht sie Vorschläge für einen entspannten, ungeregelten Tagesablauf. Ganz nach der Devise „jeden nach seinen Möglichkeiten ins Alltagsleben einbeziehen!", kann bei der Küchen-, Hof- und Gartenarbeit mithelfen, wer dazu Lust hat. Verantwortung, Stolz und Freude entstehen und mehr noch:
Verängstigte verlieren ihre Angst. Eingeschüchterte werden mutig. Verschlossene öffnen sich. Eingeschliffene, nur auf Pflege reduzierte Abläufe zwischen Betreuern und Betreuten werden somit aufgebrochen. „Es ist mir mehrmals (nicht immer) gelungen, beide Seiten von sich selbst zu überraschen", schreibt Angelika Böhme uns.
Miteinander behutsam umgehen, dem anderen Menschen zuhören können und ihn in seiner Besonderheit akzeptieren - auch das sagt die Liebe.

Was es ist

Es ist Unsinn
sagt die Vernunft
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist Unglück
sagt die Berechnung
Es ist nichts als Schmerz
sagt die Angst
Es ist aussichtslos
sagt die Einsicht
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist lächerlich
sagt der Stolz
Es ist leichtsinnig
sagt die Vorsicht
Es ist unmöglich
sagt die Erfahrung

Es ist was es ist
sagt die Liebe

E. Fried

Das leidige Thema

Auch dieses zukunftsweisende Projekt braucht zum „Laufen lernen" Fördermittel und Finanzen.
Anderthalb Jahre dauert schon Angelika Böhmes Odyssee durch den nebligen Ämterwald. Der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bundesminister für Familie und Senioren, Bürgerbeauftragter für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Landesbeauftragter für Behinderte, der Bürgerbeauftragte beim Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, der Senatsbeauftragter für Behindertenfragen der Freien und Hansestadt Hamburg, die Berliner Landesbeauftragte für Behinderte, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, der Bundesminister für Wirtschaft – um nur einige zu nennen – sahen leider keine Möglichkeit der finanziellen Unterstützung.
So wurde sie von Behörde zu Behörde weitergereicht.
Aber auch ohne öffentliche Hilfe hat sie ihrem Kind die ersten Schritte beigebracht. Ob eines Tages das Projekt aus den Kinderschuhen rausgewachsen ist? Wir drücken jedenfalls beide Daumen und wünschen ihr viele, viele Gäste.

D

DAS PORTRÄT

Später war sie mit uns begeistert und klatschte ausgelassen Beifall, als Heidi und Jacqui Theater spielten ...
Wir könnten noch vieles erzählen; der Abschied fiel uns allen nur deshalb nicht gar so schwer, weil wir sie unbedingt wieder besuchen wollen."

Else Hoffmann

Zur Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche benötige ich folgende Angaben:
- Anzahl der Personen (Kinder, Betreuer, Angehörige)
- Nähere Auskunft zum nötigen Pflegebedarf falls ohne Betreuer angereist wird.
- Bei Gruppen bitte Angabe des Alters, Geschlechts und Art der Behinderung.
- Aufenthaltsdauer von – bis

Bei Buchungsstornierungen bitte ich Sie, eine Frist von mindestens 14 Tagen einzuhalten.
Ein Telefon „für den Notfall" befindet sich 500m entfernt auf dem Nachbarhof.
Die Preise werden nach persönlichem Pflegebedarf errechnet und sind im Durchschnitt, für eine Übernachtung mit Vollpension, zwischen 30 und 40 DM angesetzt.

Angelika Böhme
Pfalz 3
O-2021 Bartow
Mecklenburg/Vorp.

IN KÜRZE

1. IGA-Tagung
am 8. Mai 1993
in Mauloff/Taunus

Die Interessengemeinschaft Arthrogryposis e.V. (Arthrogryposis multiplex congenita –AMC–: angeborene Gelenksteife) lädt alle Interessierten zu dieser Tagung ein.
Ärzte, Krankengymnasten, Orthopädiemechaniker sowie ausländische Gäste und viele Betroffene haben sich bereits angemeldet.
Auf dem Tagungsprogramm stehen interessante Referate zu Erscheinungsformen und Diagnose der AMC, zu orthopädischen Behandlungsmethoden und Fragen, die dem geheimen Sinn der Behinderung nachforschen.

Tagungsteilnehmer können bereits am 7.5. anreisen; die Abreise erfolgt am 9.5.'93.

Anmeldung und weitere Informationen über:
Gudrun Drung
Riegelstraße 2
W-7302 Nellingen
Telefon: (07 11) 340 02 23

DIE MODERNSTE Förderschule des Landes Brandenburg wird in Finsterwalde entstehen. Die Grundsteinlegung erfolgte Ende des Jahres 1992. Die als Ganztagsschule konzipierte Bildungseinrichtung für 150 lernbehinderte sowie 90 geistig und schwerstmehrfachbehinderte Kinder soll in zwei Baustufen realisiert werden.
Mit Schuljahresbeginn 1994 sollen sich bereits die Schultüren für die geistig behinderten Kinder öffnen; sie sollen zu diesem Zeitpunkt auch die Turnhalle und das Therapie-Schwimmbecken in Besitz nehmen können.
Mit diesem Bildungsprojekt wird ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß geistig und schwerstmehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche durchaus bildungsfähig sind.
Sie erhalten bis zum Maximalalter von 25 Jahren eine zehnjährige Schulausbildung.

INTEGRAL

– das Berliner Begegnungszentrum für Menschen mit und ohne Behinderungen startet einen *Piktogramm-Wettbewerb*. Hintergrund für diese Wettbewerbsausschreibung sind viele Alltagsprobleme, denen sich behinderte Menschen stellen müssen.
Man ist in der Öffentlichkeit, am Bankschalter, im Laden … Spöttische Blicke, mitleidvolle Worte, häßliche Bemerkungen …
Oder: Man wird freundlich behandelt … Auf beide Situationen möchte man reagieren. Aber, die rechten Worte fehlen gerade jetzt. Aufkleber mit Piktogrammen können in solchen Situationen das geeignete Mittel sein, sich bildlich zu artikulieren.
Entwerfen Sie – angesprochen ist jeder – solche „Situations-Piktogramme!"
Als Preise winken 400, 300 und 200 Mark.
Die Arbeiten sind bis zum **28. Mai '93** einzusenden an
INTEGRAL – Begegnungszentrum für Menschen mit und ohne Behinderungen
Marchlewskistraße 25c
O-1034 Berlin
Und an die gleiche Adresse gerichtet:
Kennwort „Begegnung '94"
Das nämlich ist ein weiteres künstlerisches Projekt, mit dem INTEGRAL die Kreativität jedes einzelnen herausfordert:
Für einen Taschenbuchkalender werden die schönsten Gedichte, Aphorismen, Kurzgeschichten, Karikaturen, Zeichnungen oder auch Schwarzweißfotos zum Thema „Begegnung" gesucht.

PREISE zur Förderung einer eigenständigen Lebensführung der Behinderten verleiht die Kommission der EG jährlich für die besten Projekte in den Bereichen „Mobilität und Beförderung", „Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen" sowie „Wohnraum".
Die unabhängige Jury setzt sich aus zwölf Sachverständigen der Fachgebiete Architektur, Städteplanung, Rehabilitation, Soziologie, Personenbeförderung, Psychologie und Recht zusammen.
Die 1992 preisgekrönten Projekte waren 1. die Erfindung eines Lenkrades mit einem Durchmesser von acht Zentimetern, das sich mit einem Kraftaufwand von 500 Gramm mit einer Hand bedienen läßt; 2. die Konzipierung eines großen Einkaufszentrums, in dem sich Behinderte mühelos bewegen können sowie ein uneingeschränkt für Behinderte zugängliches Theater und Konzertzentrum; und 3. wurde ein Wohnhauskonzept ausgezeichnet, das durch seine architektonischen Maßstäbe und die hervorragend an das Krankheitsbild Multiple Sklerose angepaßte Organisation den behinderten Menschen ein eigenständiges Leben ermöglicht.

DIE ZAHL der Behinderten in Deutschland liegt zwischen 6,6 und 7,4 Millionen Menschen!
Etwa 5,3 Millionen davon sind in ihrer Mobilität beeinträchtigt. Das sind Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, weiterhin Greif- und Sehbehinderte, Blinde, Kleinwüchsige und geistig Behinderte.

DER DÄNISCHE
Fremdenverkehrsrat hat für körperbehinderte Gäste, die ihren Urlaub in Dänemark verbringen möchten, einen Ratgeber unter dem Titel „Reisen in Dänemark für Körperbehinderte" im Angebot. Darin finden Interessierte Angaben zu Verkehrsträgern, Unterkünften, Verpflegung, Behindertensportmöglichkeiten, Veranstaltungen, Sehenswürdigkeiten u.a.m.
Dänisches Fremdenverkehrsamt
Postfach 10 13 29
W-2000 Hamburg 1
Telefon: (040) 32 78 03

ROLLSTUHLFAHRER
und Gehbehinderte können nun auch einen schönen Campingurlaub genießen – unabhängig und selbständig in umgebauten Wohnwagen!
Ausgetattet mit Gasheizung, Kühlschrank, E-Anschluß, Waschraum, Küche und Chemietoilette bietet das Gefährt Raum für zwei Erwachsene und zwei Kinder.
Wer näheres zur Wohnwagenausleihe (Kosten, Versicherungsbedingungen usw.) erfahren möchte, erhält alle erforderlichen Informationen über:
Unfallopfer-Hilfswerk
Ref. Öffentlichkeitsarbeit
PF 2826, Herbststr. 13
W-7100 Heilbronn
Telefon (01 30) 85 11 32

Blauer Albatros gelandet

Seit 1970 fliegt er bereits durch die alten Bundesländer, der Blaue Albatros – Reisen für alle e.V. Aus Bremen kommend, ist er nun auch in Brandenburg eingeflogen.
Ja, nur Fliegen ist schöner, dachte sich Frau Hannelore Ahlers, die ihn ins Leben rief und schon einige Reisen für Menschen mit Behinderungen organisierte. Sie befreite sie somit aus ihrer häuslichen Enge.
Seit Januar gibt es einen gemeinsamen Verband vom „Blauen Albatros" in Berlin und Brandenburg.
Wünschen wir alle dem Albatros, daß er nie lahme Flügel bekommt. Hoffen wir auf gute Partner für ihn, die ihm Starthilfe bei uns geben.
Stephan Labotzki, Berlin

Meinung zu einem Leserbrief

Ich möchte, liebe Martina Tiede aus Berlin, auf Deinen ziemlich wütenden Leserbrief eingehen (STÜTZE 1/93, S. 9).
Die sogenannten „normalen" Menschen unter uns engagieren sich noch weniger als wir, die wir mehr oder weniger behindert sind.
Ich bin auch der Meinung, daß die Fragen und Probleme zwischen der STÜTZE, dem ABiD und uns Behinderten besser organisiert und aufeinander abgestimmt sein sollten. Und wir, die Basis, haben da auch etwas mitzureden.
Aber über bestimmte Dinge muß man einfach durch DIE STÜTZE informiert werden, auch wenn – wie Du geschrieben hast – es nur noch über Verbandstage, Sitzungen, Entlassungen usw. zu lesen gab, daß Wichtiges für die Behinderten dabei zu kurz kam.
DIE STÜTZE, liebe Martina, läßt sich nicht mit dem ND vergleichen. Das beziehe ich auf den „Berichterstatterstil", und das ND hat sich gegenüber der DDR-Zeit doch sehr gewandelt. Und auch diese Zeitung setzt sich für das Wohl und Wehe der Menschen ein – denn es geht ja nicht nur den Behinderten stark an den Kragen, sondern auch den „normalen" Mitbürgern. Nur werden wir als Behinderte noch stärker ausgegrenzt. Und das Ziel der Regierung ist es, uns zu vereinzeln und zu entzweien. Wir sollen uns zerfleischen, indem man Schwache gegen Starke, Kranke gegen Gesunde ausspielt.
Martina, jetzt kannst Du Dich äußern. Hast Du den Brief von Kirstin Oldal „Nur gemeinsam sind wir stark" gelesen?
Wir sollten alle gemeinsam füreinander eintreten.
Petra Möhnwald, Harsleben

Trägerschaft perfekt

Anfang 1993 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Landkreis Zossen und dem Verein für Werk- und Wohnstätten und regionale Betreuung e.V. zum Trägerschaftswechsel des Reha-Zentrums Wünsdorf unterzeichnet. Da es noch Eigentumsfragen abzuklären galt, überließ der Kreis dem Träger vorerst die Nutzung unentgeltlich. Nach der nun erfolgten Zuweisung des Grundstücks an den Landkreis Zossen steht dem Pachtvertrag nichts mehr im Wege. In der Zwischenzeit ermöglicht die Vereinbarung die Beantragung von Fördermitteln für das laufende Jahr. In Zukunft werden im Reha-Zentrum „Seerose" etwa 120 junge behinderte Menschen leben, arbeiten und gefördert.
Klaus Gliniorz, München

ABO – DIE STÜTZE
Journal von Behinderten für Behinderte und ihre Freunde

JA, ich möchte **DIE STÜTZE** einmal im Monat zum Preis von 4,- DM (incl. Postgebühren) für ein Jahr **abonnieren.** Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements gekündigt wird.
Zusendung der Hefte an folgende Anschrift:
Name, Vorname: _____
Straße, Haus-Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
ABiD-Mitglied: ja/nein
Senden Sie Informationen und einen STÜTZE-Abo-Antrag auch an:
Name, Vorname: _____
Straße, Haus-Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Ich ermächtige Sie hiermit zur Abbuchung des Abonnementbetrages im voraus bei folgendem Geldinstitut:
_____
BLZ/Konto-Nr.: _____
Bis nach Ablauf von 10 Tagen besteht Widerrufsrecht.
Datum/rechtsverbindliche Unterschrift _____

Alle hatten für uns Zeit

Mit drei Autos vom Behindertenverband Neubrandenburg starteten wir am 15. Januar dieses Jahres nach Neustrelitz zu einer Bildungsexkursion.
Die „Orangerie" war unsere erste Station. Der Oberkellner führte uns durch das ganze Haus und erläuterte uns den Bau von der Gründung bis zur jetzigen Zeit.
Zum Abendessen war für uns eine Tafel eingedeckt. Der Kellner und die anderen Mitarbeiter des Hauses servierten uns mit großer Freundlichkeit ein schmackhaftes Essen.
Alle waren sehr zuvorkommend und hilfsbereit. Eine leise Konzertmusik untermalte dieses Beisammensein und machte es zu einem wunderbaren Erlebnis.
Danach fuhren wir zum Theater, wo wir uns die Operette „Orpheus in der Unterwelt" anschauten. Die Männer von der Technik des Theaters halfen uns Rollstuhlfahrern, die Stufen zu bewältigen. Für mich war dieser Besuch im Theater etwas ganz Besonderes, denn Anfang Oktober 1958 war ich dort zum letzten Male.
Ein Dankeschön an alle, die uns diese Fahrt ermöglichten. Es bleibt wohl für alle eine herrliche Erinnerung.
Margarete Kentler, Neubrandenburg

Thomas Mann
Gesang vom Kindchen

Du aber lachst mir entgegen,
schon von weitem,
wendest nach mir die lustigen Augen
mit dem Lächeln der Freude

Postvertriebsstück 2A 4139 E
DIE STÜTZE, Rodenbergstr. 3, O-1071 Berlin
Entgelt bezahlt

und des vertrauten
Erkennens,
das mich so glücklich
machte,
als ich es erstmals
sich regen sah
und erwachen
in deinen Zügen
bei meinem Anblick,
– glücklich fast,
ich gesteh's,
wie den Liebenden
das der Geliebten

Absender

Bitte mit
0,60 DM
frankieren!

An die
Redaktion DIE STÜTZE
Rodenbergstr. 3

O-1071 Berlin